

Schriftliche Fragen

**mit den in der Woche vom 10. Februar 2003
eingegangenen Antworten der Bundesregierung**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Barthle, Norbert (CDU/CSU)	17	Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	77, 78
Dr. Bauer, Wolf (CDU/CSU)	57	Kalb, Bartholomäus (CDU/CSU)	46
Beck, Ernst-Reinhard (Reutlingen)	47, 48	Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	21
(CDU/CSU)		Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	22
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	18, 19	Kopp, Gudrun (FDP)	63
Bleser, Peter (CDU/CSU)	42	Koppelin, Jürgen (FDP)	86
Blumenthal, Antje (CDU/CSU)	55, 56	Kraus, Rudolf (CDU/CSU)	23, 24, 25
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup)	27, 70, 71	Laurischk, Sibylle (FDP)	3, 4, 5, 6
(CDU/CSU)		Lietz, Ursula (CDU/CSU)	49, 50, 51, 52
Büttner, Hartmut (Schönebeck)	7, 10, 11, 12	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	36, 37, 38, 39
(CDU/CSU)		Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	64, 65
Deß, Albert (CDU/CSU)	43	Marschewski, Erwin (Recklinghausen)	8, 9
Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	20	(CDU/CSU)	
Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)	58, 72	Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	79
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	59, 60, 82, 83	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn)	66, 67, 68
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	28, 29	(CDU/CSU)	
Götz, Peter (CDU/CSU)	73	Dr. Meister, Michael (CDU/CSU)	69
Grund, Manfred (CDU/CSU)	30, 31, 32, 33	Nolting, Günther Friedrich (FDP)	53
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU/CSU)	74	Reichard, Christa (Dresden) (CDU/CSU)	54
Helias, Siegfried (CDU/CSU)	1, 2	Schauerte, Hartmut (CDU/CSU)	26, 40
Hennrich, Michael (CDU/CSU)	34, 35	Silberhorn, Thomas (CDU/CSU)	80, 81
Hofmann, Frank (Volkach) (SPD)	84, 85	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	41
Jaffke, Susanne (CDU/CSU)	61, 62	Vaatz, Arnold (CDU/CSU)	13, 14, 15, 16
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	44, 45, 75, 76		

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts		Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	
Helias, Siegfried (CDU/CSU)		Barthle, Norbert (CDU/CSU)	
Ungeklärte Zwischenfälle im Januar 2003 im Irak im Zusammenhang mit den UN-Waffeninspektoren	1	Beitrag der Steuerpflichtigen zum Gesamtaufkommen der Einkommensteuer	9
Laurischk, Sibylle (FDP)		Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	
Unterstützung der Schaffung des Eurodistrikts Straßburg-Kehl	1	Auswirkungen der Verringerung der EU-Regionalbeihilfen im Zuge der EU-Erweiterung auf die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer, Übergangslösungen	10
Auswirkungen des Karlsruher Übereinkommens vom 23. Januar 1996 auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen ..	2	Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern		Übertragung des an der italienisch-schweizerischen Grenze (Lombardei) praktizierte Verfahren der Mineralölsteuerrückvergütung an Grenzbewohner zwecks Eindämmung des Tanktourismus auf Deutschland .	
Büttner, Hartmut (Schönebeck) (CDU/CSU)		11	
Anzahl der in die neuen Bundesländer entlassenen und heute noch lebenden Spätheimkehrer und Geltungskriegsgefangenen ..	3	Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	
Marschewski, Erwin (Recklinghausen) (CDU/CSU)		Einsparung von Planstellen in den einzelnen Bundesministerien seit Beginn der 14. Legislaturperiode infolge der Privatisierung von Aufgaben	
Förderung von Institutionen/Projekten aus dem Titel „Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen für die deutschen Minderheiten“ (Epl. 06 – BMI) von 1998 bis 2004	3	11	
Quantifizierung der gemäß § 7 BVFG als Ehegatten und Abkömmlinge des Spätausiedlers einreisenden Personen	4	Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz		Gesetzliche Grundlage zur vorzeitigen Zahlung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung	
Büttner, Hartmut (Schönebeck) (CDU/CSU)		13	
Zuwendungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz für die Haftopfer der DDR-Diktatur; Haftzeiten der heute noch lebenden Personen	5	Kraus, Rudolf (CDU/CSU)	
Vaatz, Arnold (CDU/CSU)		Verkauf von Wohnungen der Deutschen Bundespost im Rahmen der Privatisierung der Deutschen Bundespost	
Kriterien für die Definition als Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet sowie Zahl der politisch Verfolgten	6	13	
		Schauerte, Hartmut (CDU/CSU)	
		Dienstwagensteuerregelung für Mitglieder der Bundesregierung	
		14	
		Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	
		Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	
		Verhinderung einer Rüge der EU-Kommission wegen verbotener Beihilfen an die Deutsche Post angesichts der Umstellung der Agenturverträge	
		15	

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Siegfried Helias
(CDU/CSU) Treffen Meldungen zu (Netzeitung vom 25. Januar 2003), nach denen es im Irak am 25. Januar 2003 zu zwei ungeklärten Zwischenfällen gekommen ist, bzw. ein 20-jähriger Mann nach Zeugenaussagen zufolge versucht hat, in ein UN-Fahrzeug zu klettern, danach auf das UN-Gelände gebracht wurde und anschließend den irakischen Behörden übergeben wurde?

Antwort des Staatsministers Hans Martin Bury vom 13. Februar 2003

Der von Ihnen beschriebene Vorfall wurde in den nicht-öffentlichen Konsultationen des Sicherheitsrates der VN am 29. Januar 2003 durch den Leiter von UNMOVIC, Dr. Hans Blix, bestätigt.

2. Abgeordneter
Siegfried Helias
(CDU/CSU) Wenn ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen ihres Vorsitzes im Sicherheitsrat (ab 1. Februar 2003) der Vereinten Nationen zu ergreifen, um den Mann vor einem ungewissen Schicksal zu bewahren?

Antwort des Staatsministers Hans Martin Bury vom 13. Februar 2003

Das Auswärtige Amt hat die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York und die deutsche Botschaft in Bagdad angewiesen, Hintergründe dieses Vorfalls und den Verbleib der betroffenen Person zu ermitteln. Die Ergebnisse dieser Nachforschungen liegen noch nicht vor.

3. Abgeordnete
Sibylle Laurischk
(FDP) Mit welchen konkreten Maßnahmen und in welcher Form plant die Bundesregierung, die in Punkt 24 der Gemeinsamen Erklärungen der Kabinette Frankreichs und Deutschlands zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags am 22. Januar 2003 erklärte Schaffung des Eurodistrikts Straßburg-Kehl zu unterstützen?

Antwort des Staatsministers Hans Martin Bury vom 6. Februar 2003

Das Projekt „Eurodistrikt Straßburg-Kehl“ ist vom gemeinsamen Wunsch Deutschlands und Frankreichs geleitet, die erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region weiter auszubauen. Im Rahmen des Projektes wird zu prüfen sein, inwieweit weitere Verbesserungen insbesondere im Bereich der Raumordnung, Infrastruktur und des Erlernens der jeweiligen Partnersprache erreicht so-

wie bestehende Kooperationsstrukturen über bisher bestehende Formen der Zusammenarbeit hinaus vertieft werden können. Die inhaltliche Ausgestaltung und Umsetzung des Vorhabens wird Gegenstand von Gesprächen mit zuständigen Stellen des Landes Baden-Württemberg, den betroffenen Gemeinden und der französischen Regierung sein.

4. Abgeordnete
Sibylle Laurischk
(FDP) Wodurch genau zeichnet sich ein in Punkt 24 der Gemeinsamen Erklärung des zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages genannter „Eurodistrikt“ aus?

**Antwort des Staatsministers Hans Martin Bury
vom 6. Februar 2003**

Die Idee des Eurodistrikts basiert auf der Überzeugung, dass gerade die Region Straßburg-Kehl nicht nur große Bedeutung im bilateralen Verhältnis, sondern auch für das Zusammenwachsen Europas hat. Der Sitz europäischer Institutionen unterstreicht ihren besonderen Stellenwert für die europäische Integration. Dem Eurodistrikt soll die Rolle eines Modellprojekts der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zukommen. Bei der Realisierung kann dabei auf das große Erfahrungspotenzial und bereits existierende Strukturen in der Region Oberrhein zurückgegriffen werden, die schon jetzt in Europa vorbildlich sind. Darüber hinaus sollten, ausgehend vom konkreten Bedarf, Möglichkeiten der innovativen Weiterentwicklung grenzüberschreitender Kooperationsformen untersucht werden.

5. Abgeordnete
Sibylle Laurischk
(FDP) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob durch das Karlsruher Übereinkommen vom 23. Januar 1996 die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen eine positive Entwicklung genommen hat?

**Antwort des Staatsministers Hans Martin Bury
vom 6. Februar 2003**

Das Karlsruher Übereinkommen hat nach einhelliger Auffassung die Rechtssicherheit für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert und die Möglichkeit eröffnet, unter bestimmten Voraussetzungen Hoheitsrechte an grenzüberschreitende Zweckverbände zu übertragen und Kooperationsvereinbarungen zu schließen. So wurden inzwischen beispielsweise die Zweckverbände „PAMINA“ und „Mittel-Hardt-Oberrhein“ gegründet. Nach Auffassung der Bundesregierung ist das Potenzial des Karlsruher Übereinkommens noch nicht ausgeschöpft. Es liegt allerdings in den Händen der Kommunen, es weiter zu erschließen.

6. Abgeordnete
Sibylle Laurischk
(FDP)
- Plant die Bundesregierung weitere Maßnahmen, um eine solche grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften im Rahmen der europäischen Integration zu fördern?

**Antwort des Staatsministers Hans Martin Bury
vom 6. Februar 2003**

Die Bundesregierung beabsichtigt unter anderem, mit Polen und den Niederlanden möglichst bald in Verhandlungen über den weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu treten. Die Bundesregierung würde dabei den Abschluss von Abkommen nach dem Muster des Karlsruher Übereinkommens begrüßen. Die Bundesregierung befindet sich unter Beteiligung der betroffenen Bundesländer auch mit der Republik Tschechien in Gesprächen über die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Mittelfristig wird angestrebt, mit allen unseren Nachbarn einheitliche Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu schaffen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordneter
Hartmut Büttner
(Schönebeck)
(CDU/CSU)
- Wie viele Spätheimkehrer, die auf das Gebiet der heutigen neuen Bundesländer entlassen worden sind, und wie viele Geltungskriegsgefangene – d. h. verschleppte Zivilpersonen mit einem vergleichbaren Gefangenenschicksal – leben heute noch?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Ute Vogt
vom 12. Februar 2003**

Der Bundesregierung ist diese Zahl nicht bekannt. Das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (KgfEG), nach dem ehemalige Kriegsgefangene oder Geltungskriegsgefangene (aus militärischen Gründen in Gewahrsam genommene Zivilpersonen) u. a. die Gewährung von Kriegsgefangenenentschädigung grundsätzlich nur bis zum 31. Dezember 1967 beantragen konnten (vgl. hierzu im Einzelnen die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der PDS „Entschädigungszahlungen an die Verschleppten jenseits von Oder und Neiße“, Bundestagsdrucksache 14/5865, Vorbemerkung), ist mit Wirkung vom 1. Januar 1993 aufgehoben worden. Es fehlt deshalb ein sachlicher Grund für Erhebungen zu diesem Personenkreis.

8. Abgeordneter
Erwin Marschewski
(Recklinghausen)
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wurden die einzelnen Institutionen/Projekte aus dem Titel „Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen für die deutschen Minderheiten“ (Einzelplan 06 – Bundesministerium des Innern – Haushaltsstel-